



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dietmar Weinert

Wiesbaden, 05.03.2015

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales und Gesundheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales und Gesundheit
am Mittwoch, 11. März 2015, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 28.1.2015
2. **15-F-05-0004**

Mehr Unterstützung für Selbsthilfegruppen!

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Freie Demokraten-FDP im Rathaus vom 03. März 2015-

„In Selbsthilfegruppen treffen sich Menschen, weil sie dort offen sagen können: Ich habe dieses Problem. Ich bin ein Patient. Ich lebe damit. Ich will selbst daran und damit arbeiten. Und ich hoffe, dass wir uns dabei gegenseitig unterstützen können“. (Horst-Eberhard Richter)

Selbsthilfegruppen leisten eine wertvolle Unterstützung für Menschen, die von der Art ihrer Probleme oft zu den Minderheiten gehören und eine „Lobby“ dringend benötigen. Mit vielen Aktivitäten und auch der Zurverfügungstellung von zwei Räumen in der Konradinerallee trägt die LHW diesem Bedürfnis Rechnung. Allerdings erscheint die finanzielle Unterstützung mit je 5000 Euro für 2013, 2014 und 2015 eher karg bemessen. Und auch hiervon wurde bisher nur ein kleiner Anteil abgerufen.

In der Sitzung des Ausschusses am 4. Dezember 2013, in der von uns bereits ein Antrag zur Finanzierung von Selbsthilfegruppen gestellt worden war, wurde der nur teilweise Abruf damit begründet, dass die Anträge für die Gruppen kompliziert und schwer zu handhaben seien.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, in welcher Höhe in 2013 und 2014 tatsächlich Zuschüsse abgerufen wurden.
2. Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob bzw. wie die Beantragung von Zuschüssen vereinfacht werden könnte. Falls noch nicht so praktiziert, könnte z.B. auch geprüft werden, ob eine Beantragung von Zuschüssen auch elektronisch erfolgen könnte.

3. 15-F-03-0031

Mehrsprachige Anamnesebögen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.März 2015-

Der Verein „Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.“ hat in Hinblick auf die besonderen Bedürfnisse von niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte bei der Behandlung von Flüchtlingen mehrsprachige Anamnesebögen entwickelt. Diese sind auf der Homepage des Vereins www.armut-gesundheit.de abrufbar.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob ihm diese Anamnesebögen bekannt sind und ob deren Einsatz auch in der Wiesbadener medizinischen Versorgung als sinnvoll erachtet.
2. Der Vorsitzende des Vereins „Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.“, Prof. Dr. med. Gerhard Trabert, soll in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses eingeladen werden, um die verwendeten Anamnesebögen vorzustellen.

4. 15-F-03-0032

Nichtraucherschutz an Bushaltestellen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen 03.März 2015

Der Nichtraucherschutz nimmt einen immer höheren Stellenwert ein. Bekanntermaßen verursacht auch das sog. Passivrauchen erheblichen Gefahren für die Gesundheit. Im öffentlichen Raum z.B. an Bushaltestellen ist ein generelles Rauchverbot juristisch nicht möglich. Möglich ist aber ein Appell an einen freiwilligen Rauchverzicht.

In vielen Städten Deutschlands, z.B. Potsdam, München, Eisenach oder Münster, werden regelmäßig Nichtraucherkampagnen mit Schildern an Bushaltestellen „Im Bereich der Wartehalle bitte nicht rauchen“ o.ä. durchgeführt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

an ESWE Verkehr mit dem Ziel heranzutreten, dass diese gemeinsam mit der WALL-AG eine Nichtraucherkampagne an den Bushaltestellen mit Wartehallen bzw. überdachten Wartebereichen durchführt.

5. 15-F-33-0020

Runder Tisch Impfen
Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 04. März 2015

Obwohl die Ausrottung von Kinderkrankheiten wie Masern und Röteln ein wichtiges Ziel nationaler und internationaler Gesundheitspolitik ist, steht die wachsende Anzahl der Impfgegner diesem Ziel im Weg. Zuletzt hat die in Berlin ausgebrochene Maserninfektionswelle sogar ein Todesopfer gefordert. Solange aber keine gesetzliche Impfpflicht besteht, muss mit Überzeugungsarbeit und Werbung versucht werden, eine möglichst hohe Impfquote zu erzielen, angelehnt an die empfohlenen Standardimpfungen der Ständigen Impfkommission (STIKO) des Robert-Koch-Instituts.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. einen Runden Tisch Impfen einzurichten, dessen Ziel es sein soll, bestehende Impfungen zu schließen und Präventionsarbeit zu leisten, und
2. die entsprechenden Teilnehmer für einen Runden Tisch Impfen zu benennen, (u.a. KT's, Schulen, Kinderärzte, Krankenkassenvereinigung).

6. 15-A-50-0002

Jahresbericht 2014 der Patientenfürsprecherin der HSK - Dr. Horst-Schmidt-Kliniken für das Jahr 2014

ANLAGE

7. 15-A-50-0003

Jahresbericht 2014 der Patientenfürsprecherin der Asklepios-Paulinenklinik / DKD HELIOS Klinik / HELIOS Aukammklinik

ANLAGE

8. 12-V-51-0062

DL 07/13-1, 06/13-2

Soziale Stadt plus Schelmengraben;
Aufnahme in das Bund-Länder-Programm

Mündlicher Bericht des Magistrats (Dezernat II)

9. Aktuelle Entwicklungen im Sozial- und Gesundheitsbereich

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 10-A-16-0014

Neu geplante öffentliche Toiletten für Alle
- Bericht des Dezernats IV vom 10.2.2015 -

ANLAGE

2. 13-A-50-0008

Barrierefreier Wohnraum
- Bericht des Dezernates II vom 10.2.2015 -

ANLAGE

3. 15-V-51-0007

Abschlussbericht "Kommune goes international"
- Bericht des Dezernates II vom 30.01.2015 -

ANLAGE

4. 14-F-03-0117

Unterstützung der Flüchtlingshilfe
- Bericht des Dezernates II vom 3.2.2015 -

ANLAGE

5. 14-F-33-0095

Internationaler Jugendaustausch
- Bericht des Dezernates II vom 12.1.2015 -

ANLAGE

6. 14-F-33-0113

Berufsbegleitende Ausbildung zur/zum staatlich anerkannten Erzieherin/Erzieher
- Bericht des Dezernates II vom 8.1.2015 -

ANLAGE

7. 14-F-33-0114

Vermüllungssyndrom
- Bericht des Dezernates VII vom 22.1.2015 -

ANLAGE

8. 14-F-33-0125

Platzvergabe Ferienaktionen
- Bericht des Dezernates II vom 23.1.2015 -

ANLAGE

9. 15-V-20-0001

DL 07/15-4

Investitionscontrolling 4. Quartal 2014

10. 15-V-20-0003

DL 06/15-4

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2014 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

11. 14-V-51-0048

DL 07/15-2

JUGEND STÄRKEN im Quartier - Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit an den beruflichen Schulen - Mikroprojekte im Stadtteil Schelmengraben

12. 14-V-51-0063

DL 07/15-3

Neuer Leistungsvertrag für die Kindertageseinrichtungen des Internationalen Bundes e. V.

13. 15-V-51-0001

DL 08/15-5

U3-Ausbauprogramm 48; Schaffung von 20 zusätzlichen Krippenplätzen in der Ev. Kindertagesstätte Paul-Gerhardt-Gemeinde, Sanierung und Erweiterung

14. 15-V-51-0002 DL 09/15-1

Bericht zum Hilfe- und Pflegebedarf älterer Menschen in Wiesbaden bis 2030

15. 15-V-51-0006

Projekt "Chance 50+"

ANLAGE

16. 15-V-80-8001 DL 07/15-5

Fortsetzung Projekt "Jobnavi - Was willst du werden?"

17. 15-V-80-8004 DL 08/15-8

Ausbildungspakt 5+3 für die Ausbildungsjahre 2015 und 2016

Die Beratung der beiden folgenden Punkte erfolgt ggf. in nicht öffentlicher Sitzung:

18. 14-V-20-0081 DL 06/15-1 NÖ

Auszahlung Kassenkredit

19. 15-V-20-0012 DL 08/15-1 NÖ

Kassenkreditsituation

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Weinerth
Vorsitzender